

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im letzten Berlin-Brief am vergangenen Freitag hatte ich geschrieben, dass uns eine Regierungskrise droht. Wenige Stunden später war sie da: **Minister Franz Josef Jung** war nach der Aufdeckung seiner Vertuschungsversuche nicht länger tragbar und ist zurückgetreten.

Es ist schlimm genug, dass am 4. September beim Luftangriff bei Kundus bis zu 179 Menschen verletzt oder getötet wurden. Dass der Öffentlichkeit aber wesentliche Informationen dazu vorenthalten wurden, ist unverantwortlich. Das beschädigt die Glaubwürdigkeit des Parlaments. Das verletzt das Vertrauen in die Bundeswehreinheiten. Das bringt die Bundeswehr zu unrecht in Verruf. Wir als SPD fordern daher einen Untersuchungsausschuss.

Am Donnerstag habe ich im Bundestag in der 1. Lesung zum **SPD-Gesetzesentwurf zum Arbeitnehmerschutz** gesprochen. Durch meine Berufs- und Betriebsrats-erfahrung habe ich im Plenum klar gemacht, wie wichtig ein solches Gesetz ist: Für die Beschäftigten und deren Persönlichkeitsrechte. Aber auch für die Arbeitgeber, die bisher keine klare gesetzliche Regelung haben. In unserem Gesetzesentwurf wird deutlich festgehalten, welche Daten von Bewerbern in Einstellungsgesprächen erfasst und verwendet werden dürfen. Ebenso wird klar geregelt, welche Daten ein Arbeitgeber von seinen Angestellten einfordern kann und darf. Ein solches Gesetz wird verhindern, dass es zu weiteren Datenschutzskandalen in der Wirtschaft kommt. Das Arbeitsleben und seine Teilnehmer können so auch im Zeitalter moderner Technologien geschützt wer-



Berlin-Brief, Ausgabe 64
04. Dezember 2009

Meine Termine

**Weihnachtsessen des SPD-Ortsvereins
Bad Friedrichshall**

04.12.2009, 19.30 Uhr

**Seminar des Juso-Landesverbands zur
Wirtschaftskrise**

05.12.2009, Stuttgart

**Jahresabschlussfeier des
SPD-Ortsvereins Neckarsulm**

05.12.2009, 17.30 Uhr

Kreistagssitzung

07.12.2009, 15 Uhr, Offenau

Meine Pressemitteilungen

01. Dezember 2009 | „**SPD ist die Partei der Infrastruktur**“ – Josip Juratovic freut sich über das klare Votum des SPD-Landesparteitags zu Stuttgart 21: „Heilbronn-Franken profitiert davon.“

Mehr auf www.juratovic.de!

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

den. Unser Gesetzentwurf geht nun zur Beratung in die Ausschüsse und wird danach abschließend im Plenum behandelt. Meine Rede kann auf meiner Homepage www.juratovic.de nachgelesen und als Video gesehen werden.

Am Donnerstag wurde im Bundestag über die **Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes** unter dem ISAF-Mandat beraten. Wir Sozialdemokraten haben mehrheitlich zugestimmt. Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber unseren Verbündeten und dem afghanischen Volk. Ein Abzug der Bundeswehr würde bedeuten, dass wir eine erneute Terrorherrschaft der Taliban zulassen. Das Recht auf Frieden und ein geordnetes Leben dürfen wir dem afghanischen Volk nicht nehmen! Klar ist aber auch: Die erwarteten schnellen Erfolge sind nicht eingetreten. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir wollen ein klares Ausstiegsszenario. Das hat Frank-Walter Steinmeier bereits im Sommer klar gemacht, und daran arbeiten wir auch in der Opposition weiter. Deswegen wird die „Task Force“ zu Afghanistan und Pakistan innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion weiter bestehen.

Keine Zustimmung erhielt von uns die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der **Operation Enduring Freedom (OEF)** am Horn von Afrika, die dennoch mit den Stimmen der Koalition fortgesetzt wird. Schon 2008 hatte Deutschland unter Außenminister Steinmeier die Beteiligung an landgestützten OEF-Operationen beendet. Da die verbleibende Beteiligung sich zudem mit der Antipiraterie-Mission ATALANTA überschneidet, wäre aus unserer Sicht die komplette Einstellung des deutschen OEF-Engagements folgerichtig.

Gerade in schwierigen Zeiten geht es in erster Linie um unser Land. Deswegen wünsche ich den neuen Bundesministerinnen **Ursula von der Leyen** und **Kristina Köhler** einen guten Start in ihre neuen Aufgaben.

Mit freundlichen Grüßen



P.S.: Am vergangenen Wochenende fand in Karlsruhe der SPD-Landesparteitag mit Neuwahlen zum Landesvorstand statt. Mit 88,6 Prozent erhielt **Nils Schmid** ein überzeugendes Ergebnis. Für seine neue Aufgabe wünsche ich ihm viel Erfolg. Meine Unterstützung hat er. Als Beisitzer wurden sowohl **Dr. Rudolf Luz** als auch ich bereits im 1. Wahlgang bestätigt, somit ist die Region Heilbronn weiterhin gut in der Landespartei aufgestellt. **Tanja Sagasser** vertritt zudem Baden-Württemberg in Berlin bei den Sitzungen des Parteirats.